

Gerechtigkeit: Freiheit braucht soziale Sicherung	2
Armut: Häufiger nur Niedriglohn für Hauptverdiener	3
Krankenversicherung: Solidarische Finanzierung senkt Beitragssatz	4
Arbeitszeit: Mehr Rechte für Vereinbarkeit	5
Konjunktur: Wettbewerbspakt schwächt Euroland	6
CSR: Mit Mitbestimmung mehr als PR	7
TrendTableau	8

HOCHSCHULE

Bachelor im Mehrfach-Stress

Noch immer hakt es bei Bachelor-Studiengängen: Der Weg zum ersten Hochschulabschluss führt durch oft nur unzureichend abgestimmte Module – und über ständige Einzelprüfungen. Dadurch fehlt Zeit zur wissenschaftlichen Orientierung.

Leistungsdruck und Stress haben an den Hochschulen deutlich zugenommen: 51 Prozent der Uni-Studierenden sprechen von einer „hohen Leistungsanforderung“, 2001 waren es noch 39 Prozent. Diese Zunahme ergibt sich jedoch nicht allein aus der Stoffmenge. Darauf weisen die Autoren des Studierendensurveys der Universität Konstanz hin. Die Wissenschaftler haben im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung rund 7.600 Studierende zu ihrer Studiensituation befragt. Der Hauptgrund für den Stress sind demnach organisatorische Probleme in den Bachelor-Studiengängen.

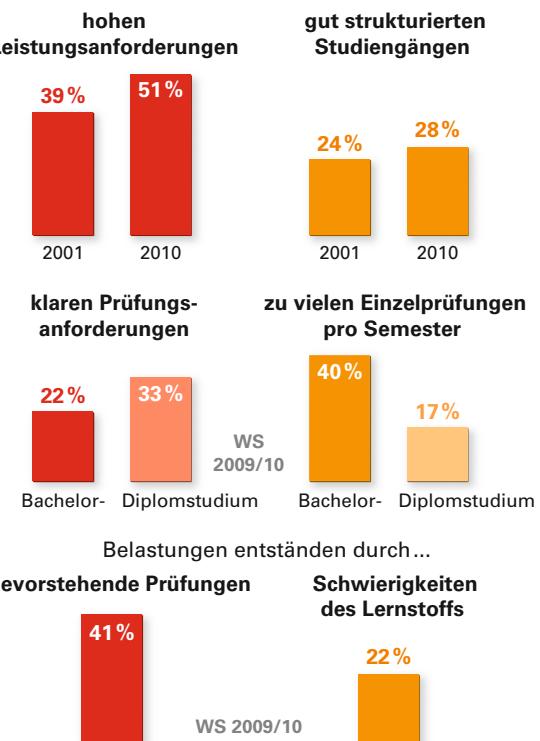
Zu viele Einzelprüfungen. Gerade mal 22 Prozent der angehenden Bachelor berichten laut Survey von „klaren Prüfungsanforderungen“. 40 Prozent stimmen dagegen der Aussage „sehr stark“ zu, dass es zu viele Einzelprüfungen pro Semester gebe. Von den Studierenden, die sich auf das Diplom vorbereiten, beklagen lediglich 17 Prozent zu viele Tests. Was die erwartete Leistung betrifft, scheint es kaum Unterschiede zu geben. Sowohl die Hälfte der Studierenden der neuen Bachelor- wie auch der alten Diplom-Studiengänge sagt, dass die Leistungsansprüche „hoch“ sind. Die Konstanzer Forscher schließen daraus, dass es weniger der zeitliche Lernaufwand ist, der zu Druck und Stress führt.

Die Sorge um den Studienerfolg. Jeder zweite Studierende macht sich Sorgen, ob er den Abschluss schafft. Gerade auf Bachelor-Kandidaten lastet Druck, sagt der Forscher Michael Ramm: Die junge Leute brauchen eine möglichst gute Note, um ein Master-Studium anschließen zu dürfen. Das macht sich im Studienverhalten bemerkbar: Wer einen Bachelor anstrebt, achtet noch mehr auf Effizienz als die Diplom-Studierenden. Der Arbeitseifer hat im langfristigen Vergleich zugelegt: Zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts war etwa ein Viertel der Studierenden bereit, „sehr viel und intensiv für das Studium zu arbeiten“. Nun sind es bereits 36 Prozent.

Stressfaktor Erwerbsarbeit. Die Finanzen der Studierenden verschärfen die Zeitnot nochmals. 67 Prozent der Uni-Studierenden arbeiten in den Semesterferien, etwa 60 Prozent während des Semesters. Bei jedem fünften erwerbstätig-

Probleme beim Studium

Studierende sagen, ihre Arbeit an den Universitäten ist stark geprägt von...



Quelle: Studierendensurvey 1983–2010 Universität Konstanz | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

gen Uni-Student und jedem dritten von der FH gehen zwei komplette Tage pro Woche für das Jobben drauf. Damit sind laut Studie etliche Schwierigkeiten verbunden: „An den Universitäten berichten 60 Prozent der Studierenden, dass sie sich durch diese intensive Erwerbsarbeit stark belastet fühlen.“ Die Forscher mahnen: „Bei solch hoher zeitlicher Belastung durch Erwerbsarbeit wird ein effizientes Studium erschwert.“ ▶

* Quelle: Frank Multrus, Michael Ramm, Tino Bargel: Studiensituation und studentische Orientierungen, 11. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Bonn/Berlin 2011

Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

Freiheit braucht soziale Sicherung

Freiheit und soziale Sicherheit werden oft als Gegensatz dargestellt. Eine Analyse von mehreren Gerechtigkeitstheorien kommt zu einem anderen Schluss: Erst gemeinschaftliche Absicherung gibt den Bürgern die Chance, ihr Leben selbst bestimmen zu können.

Die öffentliche Debatte um soziale Gerechtigkeit bewegt sich meist um die Pole Freiheit und Sicherheit – oder alternativ um Freiheit und Gleichheit. Dabei werden regelmäßig Zielkonflikte beklagt: Zuviel soziale Sicherheit beschränke die Freiheit der Bürger. Oder: Eine freie und dynamische Gesellschaft erfordere zwangsläufig ein höheres Maß an Ungleichheit als eine unfreie und statische.

Die Professoren Martin Kronauer und Günther Schmid verstehen im Unterschied zu solchen Wortmeldungen – etwa während der so genannten Sloterdijk-Debatte 2009 – diese Begeifffspaare jedoch gerade nicht als Gegensätze.* Sie haben maßgebliche Gerechtigkeitskonzepte mit Blick auf das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit sowie von Freiheit und Gleichheit analysiert. In ihrer Studie lösen sich die

vermeintliche Konflikte weitgehend auf: Menschen benötigen Sicherheit, um ihr Leben selbst bestimmt führen zu können. Ohne eine soziale Absicherung müssen sie immer wieder auf Zwänge und Notlagen reagieren und können ihr Leben nicht selbst planen und gestalten. Nur eine gemeinsame Absicherung von Risiken ermöglicht ein freies Leben, so die Forscher von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. In einer demokratischen Gesellschaft komme hinzu: Wenn der Staat die soziale Sicherung regelt, dann muss es auch für alle Staatsbürger einen gleichberechtigten Zugang zu den Sicherungssystemen geben.

Chancengleichheit. Kronauer und Schmid diskutieren mehrere Gerechtigkeitskonzepte, beginnend bei John Rawls. Jedes Mitglied einer Gruppe soll zumindest theoretisch die gleiche Chance haben, Güter zu erlangen, fordert Rawls. Er geht davon aus, dass die meisten Menschen diesem Prinzip grundsätzlich zustimmen würden, selbst wenn sie nicht wissen, wie viel des gesellschaftlichen Vermögens einmal für sie selbst abfallen wird. Rawls unterstellt also, dass sich die Bürger stillschweigend darauf einigen, dass die Güter einer Gesellschaft nicht absolut gleich verteilt sein müssen, dass aber zumindest Chancengleichheit angestrebt werden sollte. Die wichtigste Norm in diesem Gerechtigkeitskonzept ist Fairness. Rawls vertritt darüber hinaus das so genannte Maximin-Prinzip: „Ungleichheit ist gerechtfertigt, solange sie die

Position der ökonomisch am schlechtesten gestellten Gruppe verbessert.“ Nur beim Recht auf Nahrung, Wasser, Meinungsfreiheit, Unversehrtheit und ähnlichem dürfe es keine Ungleichheit geben. Seine Theorie gibt aber keinen Hinweis, wie das gewünschte Maß an Gleichheit zu erreichen ist.

Ressourcengleichheit. An dieser Stelle setzt Ronald Dworkin an, der die Entscheidungen des Einzelnen berücksichtigen will. Eine zufallsbedingte Ungleichheit – wenn Erfolg allein auf beliebig verteilte Ressourcen wie Erbschaften beruht – ist für ihn nicht akzeptabel. Nur sofern sich Ungleichheit aus Willensentscheidungen ergibt, etwa wenn jemand sich besonders anstrengt, kann sie hingenommen werden. Dworkin empfiehlt der Politik, Glück und Pech bei der Verteilung von Ressourcen herauszufiltern. Kronauer und Schmid nennen seine Schlussfolgerung: „Da Einkommensverteilungen durch Zufall und externe Umstände bedingt sind, muss es innerhalb und zwischen den Generationen zu periodischen Umverteilungen kommen, beispielsweise durch hohe Erbschafts- und progressive Einkommensteuern.“

Befähigung zur Selbstbestimmung. Amartya Sen entwickelt die Theorie der Ressourcengleichheit weiter. Sen geht zwar davon aus, dass die Ausstattung der Bürger ungleich sein darf. Dies sei jedoch nur dann zulässig, wenn die Verteilung „jeder Person erlaubt, ihre eigenen Lebenspläne zu verwirklichen“. Im Zentrum seiner Gerechtigkeitstheorie steht das selbstbestimmte Leben. Der Anspruch auf „ein mit guten Gründen selbst gewähltes Leben“ sei nicht verhandelbar. Die Gesellschaft solle darum Ressourcen unter dem Gesichtspunkt der Befähigungsgerechtigkeit verteilen. Während Dworkin den Ressourcenbegriff noch relativ unbestimmt gelassen hat, wird Sen konkreter: Bildungschancen, eine öffentliche Infrastruktur, die alle nutzen können, die Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen. Demokratie bedeutet für Sen nicht bloß eine Beteiligung an Wahlen, sondern reale Teilhabe. Folglich wünscht er keinen schlanken Staat, resümieren die Berliner Studienautoren. Im Gegenteil: „Der moderne demokratische Sozialstaat sollte sich ein ehrgeiziges Ziel setzen, nämlich die Freiheit zum Handeln, also die Befähigung zu einer eigenständigen und erfüllten Lebensführung“ zu ermöglichen.

Ausgleich für den Markt. Kronauer und Schmid ergänzen ihre Studie durch empirische Beobachtungen von David Miller. Miller analysiert das Problem, dass Menschen mehrere Maßstäbe für Gerechtigkeitsfragen haben, die sich nicht „harmonisch in einen abgerundeten Horizont der Gerechtigkeit“ fügen. Welcher Maßstab zur Anwendung kommt, hängt von der sozialen Situation ab. Millers Forschung ergab: Bei intensiven Bindungen wie Freundschaften wünschen sich Menschen Loyalität; bei sachlichen Beziehungen halten sie eher Leistungsgerechtigkeit für adäquat; in Fragen der Staatsbürgerschaft verlangen sie Gleichheit. Märkte werden von zahlreichen Zufällen beeinflusst, fährt Miller fort, darum werde ihr Ergebnis akzeptabler, wenn es durch Institutionen von staatsbürgerlicher Gleichheit ausgeglichen wird. Bildung und Gesundheitsversorgung sollten darum frei zugänglich sein. Ein selbstbestimmtes Leben sei nur denkbar, wenn „Marktabhängigkeit durch staatsbürgerliche Gleichheit und Sicherheit“ korrigiert werde. ▶

* Quelle: Martin Kronauer, Günther Schmid: Ein selbstbestimmtes Leben für alle. Gesellschaftliche Voraussetzungen von Autonomie, in: WSI-Mitteilungen 4/2011

Download unter www.boecklerimpuls.de

Häufiger nur Niedriglohn für Hauptverdiener

Sieben Prozent der Beschäftigten hierzulande zählen zu den Working Poor, etwa so viele wie im europäischen Durchschnitt. In Zukunft dürfte die Zahl der arbeitenden Armen jedoch zunehmen, weil Geringverdiener immer öfter Haupt- statt Nebenverdiener sind.

Ob Arbeitnehmer in Armut leben müssen oder nicht, hängt von ihrem Verdienst ab – aber nicht nur. Entscheidend ist außerdem, wie viele Personen sie miternähren müssen beziehungsweise wie viel finanzielle Unterstützung sie selbst von anderen Haushaltsgliedern bekommen. Zudem kommt es auf die staatlichen Umverteilungssysteme an. In allen drei Punkten – Löhne, Haushaltsstrukturen, Steuer- und Sozialsystem – unterscheiden sich die Länder Europas erheblich. Dies macht eine Untersuchung auf Basis der europäischen Statistik zu Einkommens- und Lebensbedingungen (EU-SILC) der Sozialforscher Henning Lohmann von der Universität Bielefeld und Hans-Jürgen Andreß von der Uni Köln deutlich.* In Deutschland lassen vor allem veränderte Haushaltskonstellationen eine Zunahme der Armut trotz Arbeit erwarten, schreiben die beiden Professoren.

Lohmann und Andreß betrachten die Armutssquoten von Personen im erwerbsfähigen Alter, die im zurückliegenden Jahr wenigstens sechs Monate gearbeitet haben. Als arm gilt, wer ein nach Haushaltsbedarf gewichtetes Nettoeinkommen hat, das unter 60 Prozent des mittleren Werts im jeweiligen Land liegt. So ergeben sich in den betrachteten Staaten – EU-27 plus Norwegen und Island – für 2008 Working-Poor-Quoten zwischen 3,9 und 16,9 Prozent. Die niedrigste Erwerbstätigen-Armutssquote verzeichnete Tschechien, die höchste Rumänien. Mit 6,9 Prozent liegt Deutschland 2008 im Mittelfeld.

Die Berechnungen der Wissenschaftler zeigen darüber hinaus, in welchem Maße unterschiedliche Faktoren für die Armut von Beschäftigten verantwortlich sind. Lohmann und Andreß zerlegen den Prozess der Einkommensverteilung dazu in mehrere Schritte. Beispiel Deutschland: Schaut man nur auf die Erwerbseinkommen, waren 2006 knapp 18 Prozent der Arbeitnehmer arm. Berücksichtigt man Bedarf und Einkommen anderer Haushaltsglieder, sinkt die Armutssquote jedoch auf weniger als 11 Prozent. Nach Abzug von Steuern und Hinzurechnung von Sozialleistungen halbiert sich die Quote fast noch einmal.

In Deutschland dämpft die Zusammensetzung der Haushalte die Armutssquote. Weil viele – oft weibliche – Geringverdiener mit besser verdienenden Partnern zusammenleben, führen niedrige Verdienste nicht zwangsläufig zu Armut. In den meisten Ländern ist dieser Effekt schwächer, in einigen sogar das genaue Gegenteil zu beobachten: Für Spanien, Tschechien und Polen beispielsweise ergibt sich durch die Einbeziehung des Haushaltskontextes ein höherer Anteil arbeitender Armer. Hier kämen viele Arbeitnehmer als Single

gut mit ihrem Einkommen zurecht, rutschen aber wegen des Bedarfs von Partnern und Kindern unter die Armutsschwelle.

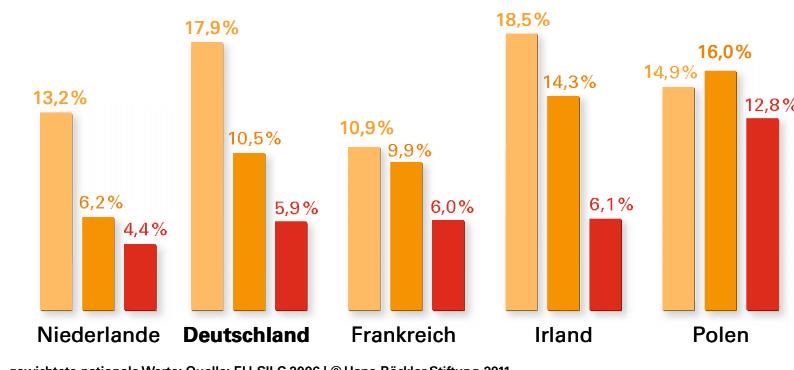
Deutliche Unterschiede zwischen den Ländern zeigen sich zudem bei den Wirkungen der staatlichen Umverteilungssysteme. Beispielsweise haben sowohl Irland als auch Spanien vor Steuern und Sozialleistungen Working-Poor-Quoten von rund 14 Prozent. Irland gelingt es jedoch, die Quote mit staatlicher Umverteilung auf 6 Prozent zu drücken, während in Spanien trotz Transferleistungen 10 Prozent der Beschäftigten arm bleiben.

Die Entwicklung der Armutssquoten Erwerbstätiger lässt keinen gesamteuropäischen Trend erkennen, so die Forscher.

Umverteilung unterschiedlich effektiv

Die Armutssquoten betragen 2006 auf Basis des...

- Brutto-Erwerbseinkommens (eines Arbeitnehmers)
- bedarfsgewichteten Brutto-Haushaltseinkommens
- bedarfsgewichteten Haushaltseinkommens nach Umverteilung



Es gibt Länder mit steigenden und solche mit sinkenden Working-Poor-Raten. Deutschland zählt zu den Ländern, in denen die Armut unter Arbeitnehmern zunimmt. Das ist sowohl aus der EU-SILC-Statistik ablesbar als auch aus Analysen mit dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP), das zeitliche Entwicklungen präziser widerspiegelt. Laut SOEP waren 1997 gut 10 Prozent der Niedriglohnbezieher arm, 2008 schon fast 18 Prozent. Ein wichtiger Grund dafür sei, dass Geringverdiener immer öfter Alleinverdiener sind, schreiben Lohmann und Andreß. Angesichts eines insgesamt ohnehin wachsenden Niedriglohnsektors sehen die Wissenschaftler in diesem Trend ein Anzeichen für wachsende soziale Probleme. Niedriglohnbeschäftigung könnte nicht mehr mit dem Hinweis gerechtfertigt werden, dabei handele es sich doch nur um Zusatzeinkommen für Mittelschicht-Haushalte. ◀

* Quelle: Hennig Lohmann und Hans-Jürgen Andreß: Autonomie oder Armut? Zur Sicherung gleicher Chancen materieller Wohlfahrt durch Erwerbsarbeit, in: WSI-Mitteilungen 4/2011
Download unter www.boecklerimpuls.de

Krankenversicherung: Solidarische Finanzierung senkt Beitragssatz

Die Gesetzliche Krankenversicherung bietet Spielräume, um die Gesundheitsfinanzierung zu sichern und Gerechtigkeitslücken zu schließen. Solidarbeiträge von Wohlhabenden können dazu beitragen.

Um mehr als zwei Prozentpunkte könnte der allgemeine Beitragssatz zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch eine umfassende Finanzierungsreform sinken. Das haben die Gesundheitsökonomen Heinz Rothgang und Robert Arnold in einem Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung ermittelt.* Erreichen lässt sich das nach den Berechnungen des Professors an der Universität Bremen und seines Co-Forschers durch Maßnahmen, die auch in den Konzepten für die so genannte Bürgerversicherung enthalten sind: Erstens würden Gesetzliche und Private Krankenversicherung (PKV) in ein integriertes Versicherungssystem überführt. Zweitens würden über Löhne und Gehälter hinaus auch andere Einkommensarten beitragspflichtig. Drittens skizzieren die Wissenschaftler mehrere Möglichkeiten, die strikte Deckelung der Beiträge durch die Beitragsbemessungsgrenze zu flexibilisieren.

Traditionell ist die GKV ein Mischwesen ganz eigener Art. Stärker als die anderen Sozialversicherungen kombiniert sie das Solidar- mit dem Versicherungsprinzip. Das heißt: Jedes Mitglied hat den gleichen Anspruch auf medizinische Behandlung. Damit

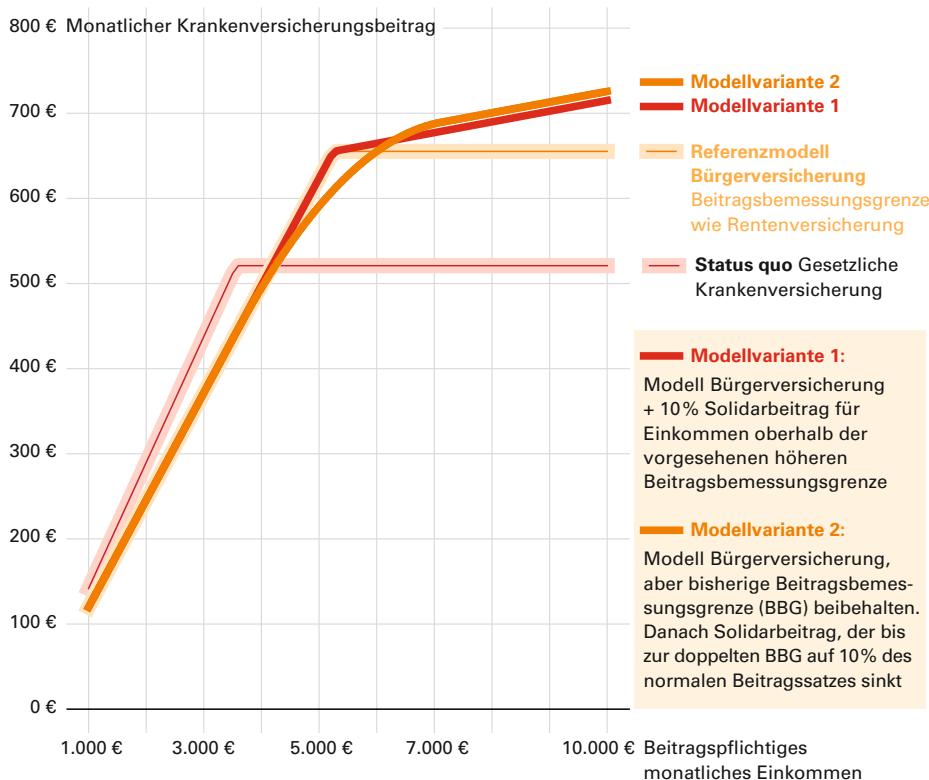
verteilen die Krankenkassen um – zwischen Gesunden und Kranken, zwischen besser und schlechter verdienenden Versicherten sowie zwischen Erwerbstätigen und kostenlos mitversicherten Familienangehörigen. Allerdings findet diese Solidarität bislang ihre Grenzen in den folgenden Bestimmungen:

- ▶ Beiträge fallen bei Pflichtversicherten lediglich auf Arbeitseinkommen an. Andere Einnahmen, etwa aus Zinsen oder Vermietung, bleiben unberücksichtigt.
- ▶ Zudem deckelt die Beitragsbemessungsgrenze die Zahlungspflicht bei derzeit 3.712,50 Euro monatlichem Bruttoeinkommen. Wer mehr Lohn oder Gehalt erhält, überweist vom Rest nichts an seine Krankenkasse. Darin drückt sich das Versicherungsprinzip aus: Anders als in der Rentenversicherung erwirbt das GKV-Mitglied durch zusätzliche Beiträge keine zusätzlichen Ansprüche. Deshalb liegt die Beitragsbemessungsgrenze bei der Krankenversicherung deutlich niedriger als bei der Rente, wo bis zu einem Monatsbrutto von 5.500 Euro Beiträge fällig werden.

halb liegt die Beitragsbemessungsgrenze bei der Krankenversicherung deutlich niedriger als bei der Rente, wo bis zu einem Monatsbrutto von 5.500 Euro Beiträge fällig werden.

Entlastung durch Solidarbeiträge hoher Einkommen

Verläufe der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung bei solidarischer Finanzierung



Noch stärkere Restriktionen bringt die hergebrachte Aufspaltung des deutschen Krankenversicherungsmarktes, die schon viele Ökonomen bis hin zu den Wirtschaftswissenschaften kritisiert haben: Rund zehn Prozent der Bevölkerung fallen aus der GKV heraus, darunter sind viele Gutverdiener. Zum sozialen Ausgleich tragen die Privatversicherten kaum etwas bei, betonen Florian Blank und Claus Schäfer, im WSI Experten für Sozialversicherungen und für Verteilung.

Die Wirkungen einer Reform veranschlagen Rothgang und Arnold auf der Basis von repräsentativen Daten aus dem sozio-ökonomischen Panel so: Wenn die PKV-Versicherten in die GKV einbezogen würden, hätte im Jahr 2007 der allgemeine Beitragssatz von damals 14,8 Prozent um etwa 1,2 Prozentpunkte sinken können. Würden zusätzliche Einkommensarten herangezogen, könnte der allgemeine Satz um 0,4 Punkte reduziert werden. Dabei ist für Zinseinnah-

men bereits ein Freibetrag in Höhe des Sparerfreibetrags eingerechnet.

Schließlich würde eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der GKV auf das Niveau der Rentenversicherung 0,5 Punkte Spielraum beim allgemeinen Satz bringen, ihre komplette Streichung sogar 0,8 Punkte. Allerdings machen Juristen gegen eine Aufhebung Vorbehalte geltend: Weil sie das Versicherungsprinzip verletze, könnte sie verfassungswidrig sein.

Um solchen Bedenken zu begegnen, haben Rothgang und Arnold Varianten eines Alternativvorschlags kalkuliert. In diesen Szenarien bliebe eine Grenze erhalten. Doch auf Einkommen jenseits dieser Grenze würde ein abgesenkter Solidarbeitrag erhoben. Er könnte 10 oder 20 Prozent des regulären Beitragssatzes betragen. Die Wissenschaftler haben mehrere Varianten dieser Solidarbeiträge modelliert und ihre Wirkungen mit denen einer generell höheren Bemessungsgrenze verglichen. Ergebnis: Je nach Ausgestaltung lassen sich durch die Solidarbeiträge ähnlich hohe Einnahmen erzielen – und damit ähnlich viel Spielraum für eine Senkung des allgemeinen Beitragssatzes.

Schaut man auf die Wirkungen des gesamten Reformpakets inklusive Solidarbeitrag und Rückkehr zu einer paritätischen Beitragsaufteilung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zeigt sich eine Entlastung von Arbeitnehmern mit niedrigen und mittleren Einkommen: Alleinstehende Versicherte mit einem Haushaltsnettoeinkommen bis zu knapp 3.000 Euro hätten mehrheitlich niedrigere Beiträge als bis-

her. Jenseits dieser Grenze müssten Alleinstehende meist mehr zahlen als im alten System. Ehepaare mit zwei Kindern würden bis zu einem Haushaltsnettoeinkommen von etwa 5.000 Euro mehrheitlich entlastet, Verheiratete ohne Kinder stünden sich in allen Einkommensklassen überwiegend besser. Bei diesen Berechnungen wird unterstellt, dass Ärzte in einem integrierten Versicherungssystem auch für die bislang Privatversicherten nur noch die im Vergleich zu privaten Versicherungen niedrigeren Leistungssätze der gesetzlichen Krankenversicherung abrechnen können. Eine Kompensation dieses Einkommensverlustes der Ärzte würde den Beitragssatz wieder erhöhen.

Die Lastenverschiebung zugunsten von Arbeitnehmern mit niedrigen und mittleren Einkommen „kann aus verteilungspolitischen Gründen begrüßt werden“, schreiben die WSI-Experten Schäfer und Blank in ihrem Vorwort zu Rothgangs und Arnolds Berechnungen. Ein aufwändiger Systemwechsel – weg von der beitragsfinanzierten GKV, hin zu einkommensunabhängigen Zusatzbeiträgen oder Kopfpauschalen – sei überflüssig. „Es sind genügend Stellschrauben und Spielräume vorhanden, um das System weiterzuentwickeln und auf einen stabilen Sockel zu stellen“, analysieren die WSI-Forscher. ▶

* Quelle: Heinz Rothgang, Robert Arnold: Berechnungen der finanziellen Wirkungen und Verteilungswirkungen für eine integrierte Krankenversicherung mit einem zusätzlichen Solidarbeitrag, WSI-Diskussionspapier Nr. 176, März 2011

Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

ARBEITSRECHT

Mehr Rechte für Vereinbarkeit

Beschäftigte haben zunehmend Interesse an flexiblen Arbeitszeiten. Bislang bestehen jedoch fast ausschließlich Ansprüche, die Arbeitszeit zu reduzieren.

Kinderbetreuung, Pflegeaufgaben, Ehrenamt: Viele Arbeitnehmer haben aus guten Gründen verschiedene Wunsch-Arbeitszeiten. Diese kollidieren häufig mit den Anforderungen der Arbeitgeber, die den Produktions- und Aufgabenrhythmus im Blick haben. Für den einzelnen Beschäftigten besteht das Recht auf eine bestimmte Verteilung der Arbeitszeit in der Regel aber nur im Zusammenhang mit Freistellungs- und Teilzeitansprüchen, so Christian Paschke. Der Jurist von der Universität Frankfurt/Oder stellte beim diesjährigen Hans-Böckler-Forum für Arbeits- und Sozialrecht erste Forschungsergebnisse des Projekts „Soziales Recht der Arbeit“ vor.*

Teilzeit bedeutet allerdings geringeres Einkommen. Auch können die Rentenansprüche wegen Kindererziehung oder Pflege die Anspruchsverluste in der Rentenversicherung wegen Teilzeitarbeit nur begrenzt kompensieren. Zudem befürchteten viele Beschäftigte, dass eine Reduzierung der Arbeitszeit für sie in eine Sackgasse führen könnte, ergänzt Paschke. Denn Rechte auf befristete Teilzeit und Rückkehr in Vollzeit gebe es nicht – seien aber unbedingt erforderlich.

Nur vereinzelt existieren unter engen Voraussetzungen Ansprüche auf eine bestimmte Verteilung der Arbeitszeit, beispielsweise für Nachtarbeiter bei konkreter Gesundheits-Print-Fassung hier korrigiert – letzter Absatz: Vereinbarungen sollten nicht nur Notfallklauseln enthalten

gefährdung, Kinderbetreuung oder Pflege. Zumindest für Alleinerziehende entschieden Arbeitsgerichte, deren Arbeitgeber müsse sich bei seinen Anforderungen an die Arbeitszeit zum Beispiel nach den Öffnungszeiten der Kinderkrippe richten. Auch sieht die europäische Elternzeitrichtlinie vor, dass Beschäftigten bei ihrer Rückkehr aus der Elternzeit neue Arbeitszeitarrangements zustehen. Die Richtlinie muss bis zum 8. März 2012 in deutsches Recht umgesetzt werden.

In der Praxis können Beschäftigte ihre Ansprüche nur bedingt durchsetzen, so Paschke. Der Arbeitgeber kann dagegen betriebliche Gründe vorbringen – wie Produktionsabläufe, die nicht unterbrochen werden dürfen. Nicht selten spielen Gleichbehandlungsinteressen eine Rolle: Unbequeme Schichten und unbeliebte Arbeitszeiten sollten gleichmäßig unter den Beschäftigten verteilt werden, besagen viele Betriebsvereinbarungen. Gleichbehandlung bedeutet aber auch die Berücksichtigung legitimer Einzelinteressen, gibt der Jurist zu bedenken. Die Vereinbarungen sollten Personen mit hohem Sorgeaufwand ein Recht auf bedürfnisgerechte Arbeitszeiten einräumen. Dem Betriebsrat komme hier eine wichtige Rolle zu: Er müsse künftig stärker unterschiedliche Interessen und Motivationen der Beschäftigten gewichten und ausgleichen. ▶

* Quelle: Christian Paschke: Soziales Recht der Arbeit: Individualisierung der Arbeitszeit?, Vortrag beim 8. Hans-Böckler-Forum für Arbeits- und Sozialrecht, Berlin, 24. März 2011; Projekt gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung

Download unter www.boecklerimpuls.de

Wettbewerbspakt schwächt Euroland

Die deutsche Wirtschaft wächst in diesem Jahr kräftig. Doch für 2012 trüben sich die Aussichten ein. Die Eurokrise bleibt die größte Hypothek für die Konjunktur.

2,7 Prozent Wirtschaftswachstum prognostizieren die Wissenschaftler des IMK, des Pariser OFCE und des WIFO aus Wien in diesem Jahr für Deutschland. Die drei Forschungsinstitute haben ein grenzübergreifendes „Makrokonsortium“ gegründet und legen ihre erste gemeinsame Prognose vor.* 2012 erwarten die Forscher dann eine deutliche Abkühlung: Das Bruttoinlandsprodukt werde nur noch um 1,7 Prozent zunehmen. Steigende Rohstoffpreise, das Sparpaket der Bundesregierung, höhere Sozialabgaben und insbesondere der forcierte Konsolidierungskurs in vielen Mitgliedstaaten der EU bremsten die Konjunktur. Die Eurozone, so die Experten, stehe weiterhin unter großem Druck, ihre wirtschaftliche Zweiteilung verstärke sich noch. Im Durchschnitt werden die Länder der Währungsunion nach der Prognose in diesem und im kommenden Jahr um 1,5 Prozent wachsen. Doch während beispielsweise Deutschland oder die Niederlande stärker zulegten, schrumpfte die Wirtschaft in Griechenland und Irland zunächst weiter, Spanien erlebe eine Stagnation.

Mit dem „Pakt für den Euro“ ließen sich die Ungleichgewichte in der Euro-Union und die daraus entstandene Krise nicht lösen, warnen die Wissenschaftler. Als Fortschritt sehen sie den dauerhaften Krisenmechanismus, der auch über 2013 hinaus Staatspleiten im Euroraum sehr unwahr-

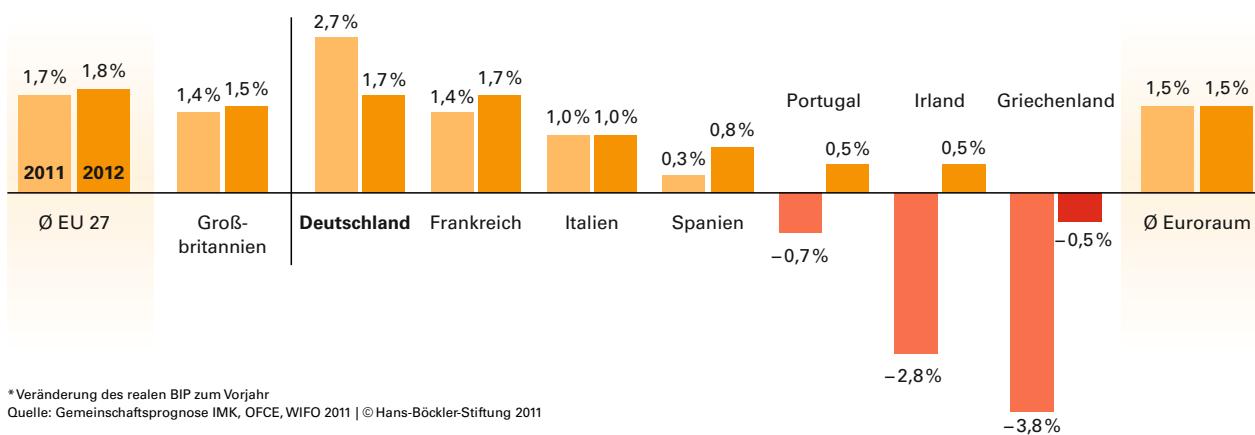
dert, dass die Leistungsbilanzen der Euroländer wie in den vergangenen Jahren weiter auseinanderlaufen. Das könne nur gelingen, wenn sich auch Länder wie Deutschland, die Niederlande oder Österreich, die chronische Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen, an einer Überwindung der Ungleichgewichte beteiligen, indem sie ihre Binnennachfrage stärken.

Zu den für die Konjunkturprognostiker abschätzbar wirtschaftlichen Risiken kommen noch die schwer absehbaren Folgen der Atomkatastrophe in Japan. Und noch ein weiterer Faktor könnte die Konjunkturentwicklung nach Analyse der Forscher in naher Zukunft destabilisieren: Ab 2016 gelten für den Bund die neuen Kreditgrenzen im Grundgesetz, die so genannte Schuldenbremse. Deshalb sinkt der Verschuldungsspielraum kontinuierlich. „Die Politik muss darauf vorbereitet sein, dass es im Übergangszeitraum bis 2016 zu einem erneuten Konjunktureinbruch kommen kann“, warnt Horn. „Wenn es keine Puffer gibt, wird die rigide Schuldenbremse eine effektive Stabilisierungspolitik unmöglich machen.“

Die Forscher empfehlen deshalb, Vorsorge zu treffen. Nach ihren Berechnungen wird der Bund in den Jahren 2012 bis 2014 jeweils rund 10 Milliarden Euro weniger Kredite aufnehmen müssen, als nach den neuen Verschuldungsregeln

Konjunktur: In Europa weiter deutliche Unterschiede

Die Prognose für das Wirtschaftswachstum* lautet für die nächsten zwei Jahre...



*Veränderung des realen BIP zum Vorjahr
Quelle: Gemeinschaftsprognose IMK, OFCE, WIFO 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

scheinlich macht. Noch wichtiger wären allerdings Reformen, die verhinderten, dass Euro-Staaten überhaupt in die Nähe eines Bankrotts geraten. Diese Anforderung erfüllt der Pakt nicht. „Ein Politik-Mix, der Krisenstaaten undifferenzierte Sparprogramme und eine Kopie der einseitigen deutschen Exportorientierung verordnet, wird die Euroländer nicht stärken, sondern schwächen“, sagt der Wissenschaftliche Direktor des IMK, Gustav Horn.

IMK, OFCE und WIFO schlagen einen anderen Weg vor: einen Europäischen Währungsfonds, der präventiv verhin-

terlaubt wäre. Diese Beträge sollten auf dem dafür vorgesehenen Kontrollkonto verbucht werden, um in konjunkturell schwächeren Phasen mehr Bewegungsfreiheit zu haben. „Der Spielraum, der sich jetzt aufstut, darf nicht für konjunkturale wenig effektive Steuersenkungen verschwendet werden; er sollte als Sicherheitsabstand im Rahmen der Schuldenbremse genutzt werden“, so Horn. ▶

* Quelle: IMK, OFCE und WIFO: Der Euroraum im Umbruch – Erste gemeinsame Diagnose des Makro-Konsortiums, IMK Report Nr.61 April 2011
Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

CSR – Mit Mitbestimmung mehr als PR

Unter dem Schlagwort Corporate Social Responsibility stellen sich Unternehmen gern als besonders sozial und umweltfreundlich dar. Arbeitnehmervertreter können die Chefs beim Wort nehmen – und sich neue Möglichkeiten der Beteiligung erarbeiten.

Ein Sportartikelhersteller verpflichtet sich, bis zum Jahr 2018 komplett auf umweltverträglich hergestellte Baumwolle umzusteigen. Ein Autozulieferer stattet Grundschulen mit Experimentierkästen aus, um den Kindern Naturwissenschaften und Technik näher zu bringen. Ein Schokoladeproduzent unterstützt Kleinbauern in Nicaragua beim Anbau von Kakao. Corporate Social Responsibility – kurz: CSR – interpretieren Unternehmen sehr unterschiedlich. Viele Arbeitgeber sehen ihr Engagement als freiwilliges Managementkonzept; Arbeitnehmervertreter kommen hier nicht zwingend vor.

Einen umfassenden Überblick zum Spannungsverhältnis von CSR und Mitbestimmung bietet eine aktuelle Studie von Katrin Vitols.* Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung sichtete die Wissenschaftlerin die Publikationen der vergangenen Jahre. Ergebnis: Im internationalen Vergleich sind deutsche CSR-Aktivitäten noch relativ gering. Betriebsräte können daher die Chance nutzen, sich als ein Hauptakteur für die Wahrung sozialer und ökologischer Verantwortung zu etablieren.

Die Ursachen für den Bedeutungszuwachs von CSR sieht Vitols in der zunehmenden Globalisierung: Gesellschaftliche Probleme verlagern sich auf die internationale Ebene. Nationale Regierungen können – oder wollen – diese nicht mehr umfassend regulieren. Gleichzeitig wächst die Macht transnationaler Unternehmen. Die Einschätzungen des Nutzens von CSR gehen auseinander, so die Analyse: Befürworter loben, dass Firmen freiwillig gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Kritiker bemängeln, solch freiwillige Aktivitäten seien Schönfärberei. Sie ließen sich nicht hinreichend kontrollieren und seien rechtlich nicht verbindlich.

Studien bescheinigen Unternehmen, dass CSR für sie eine positive Wirkung haben kann: Kündigen sie an, Mindeststandards einhalten zu wollen, tut das dem Firmenimage gut. Umfragen zufolge glauben viele Unternehmen, sich mit CSR positiv von Wettbewerbern absetzen zu können. Auch achten Investoren zunehmend darauf, ob eine Firma in Nachhaltigkeitsindizes aufgenommen wurde.

Zur Rolle der Arbeitnehmervertretungen existieren laut Vitols zwei gängige Auffassungen. Einige Wissenschaftler attestieren eine eher kritische Position. Arbeitnehmervertreter werden entweder beim Thema gesellschaftliche Unternehmensverantwortung vom Management nicht berücksichtigt – oder sie wollen sich nicht beteiligen.

Andere sehen Belegschaftsvertreter als aktiv eingebunden: Gewerkschaften könnten vor allem über existierende Beteiligungsrechte und Internationale Rahmenvereinbarungen CSR vorantreiben. Auch für Aufsichtsräte sehen Forscher Möglichkeiten der Beteiligung. Als Stakeholder, die kraft Gesetzes ein Mitbestimmungsrecht haben, könnten Arbeitnehmervertreter die Beachtung der Belegschaftsinteressen häufig im Rahmen freiwilliger CSR-Initiativen einfordern.

Betriebsräte haben großen Einfluss auf die CSR-Bestrebungen ihrer Firma, wenn diese die betriebliche Mitbestimmung tangieren, zeigt Vitols. Das gelte für die Vereinbarkeit

Was bedeutet Corporate Social Responsibility?

- CSR soll die drei Dimensionen eines Unternehmens in Einklang bringen: soziale Verantwortung, Ökologie, Ökonomie.
- Soziale Handlungsfelder sind die Arbeitsbedingungen der eigenen Beschäftigten, aber auch in den Zulieferbetrieben.
- Die ökologische Dimension umfasst den Umweltschutz im eigenen Betrieb und in der Lieferantenkette sowie die ökologische Produktverantwortung.
- Knappe Ressourcen effizient nutzen – und damit auch die Existenz des Unternehmens langfristig sicherstellen – das ist die ökonomische Dimension der CSR.
- Markanteste Schwachstelle: CSR lässt sich häufig nicht ausreichend kontrollieren und ist in der Regel nicht verbindlich.

von Familie und Beruf, die Gleichstellung von Frauen und Männern oder die Beschäftigung Älterer. Umweltschutzfragen gehören auch zu den Aufgaben des Betriebsrats. Laut einer Untersuchung investieren Unternehmen mit Betriebsrat mehr in die Umwelt als solche ohne. Viele haben Umweltausschüsse, an denen auch der Betriebsrat beteiligt ist.

Mehrere Forschungsprojekte haben die Rolle von Betriebsräten beim Thema CSR untersucht. Die Befunde sind zwiespältig: Eine Befragung ergab, dass Unternehmen die Betriebsräte in der Regel in ihre Aktivitäten einbinden. Die große Mehrheit der Befragten glaubt nicht, dass freiwillige Vereinbarungen die gesetzlich garantierte Interessenvertretung aushebeln. Aber sie setzen andere Prioritäten als die Manager: Am wichtigsten sind ihnen klassische Mitbestimmungsthemen wie Beschäftigungs- oder Standortsicherung.

Andere Studien zeichnen ein weniger rosiges Bild: Danach werden Verhaltenskodizes der Unternehmen häufig ohne Beteiligung der Betriebsräte verabschiedet. CSR wird vorwiegend für die unternehmerische Außendarstellung verwendet. Die Betriebsräte stimmen den Zielen von CSR zwar zu, sehen die Nutzung des Begriffs aber skeptisch. Allerdings: Ist die unternehmerische Mitbestimmungskultur generell stark ausgeprägt, dann sind auch die Betriebsräte beim Thema Nachhaltigkeit aktiver.

Wie können nun Arbeitnehmervertreter ihr CSR-Engagement ausbauen? Ein häufig genannter Vorschlag ist die Förderung weiterer Internationaler Rahmenvereinbarungen, so Vitols. Davon erhofft man sich, dass die vielen freiwilligen Vereinbarungen in eine regulierte Form gebracht werden. ▶

* Quelle: Katrin Vitols: Nachhaltigkeit – Unternehmensverantwortung – Mitbestimmung: Ein Literaturbericht zur Debatte über CSR, edition sigma, Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Berlin 2011
Download unter www.boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung

Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/77 78-0

Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)

Chefredaktion: Karin Rahn; Redaktion: Rainer Jung, Anneliese

Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter

E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11/77 78-286,

Fax 02 11/77 78-207; Druck und Versand: Setzkasten GmbH,

Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

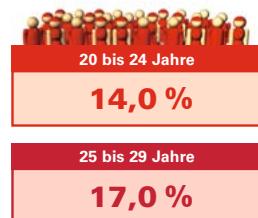
Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (nach Rück- sprache mit der Redaktion Abdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Junge fassen nur schwer Fuß

So viele Erwachsene sind weder in Ausbildung noch erwerbstätig...



Datengrundlage OECD 2008
Bertelsmann Stiftung, März 2011

BILDUNG

Die meisten studieren mit Hilfe der Eltern

Finanzierungsquellen von Uni-Studierenden



Wintersemester 2009/2010
Uni Konstanz, Studierendensurvey 2010

GENDER

Selbst als Chefin 1.200 Euro weniger

Das durchschnittliche Monatsgehalt in Führungspositionen betrug 2009...



Bruttogehälter; Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, März 2011

GESUNDHEIT

Mehr Klinikärzte, weniger Pflegepersonal

Stellenab- und -aufbau
in Krankenhäusern von
1999 bis 2009



Vollzeitkräfte; Deutsche Krankenhaus-
gesellschaft, Februar 2011

EINKOMMEN

Neurentner oft mit Abschlägen

Durchschnittliche monatliche Altersrente

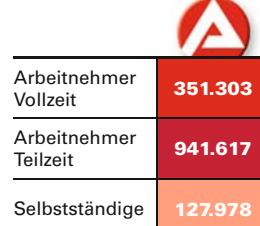


Deutsche Rentenversicherung,
Dezember 2010

ARBEITSWELT

Häufig Hartz IV trotz Arbeit

Erwerbstätige, die Arbeitslosengeld II beziehen

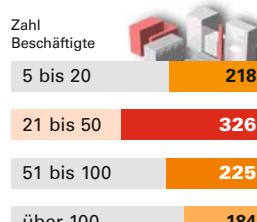


Bundesagentur für Arbeit, Februar 2011

MITBESTIMMUNG

Kleinere Betriebe ziehen nach

Erstmals einen Betriebsrat wählten 2010 Betriebe mit...

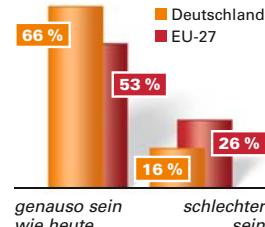


in Metallbetrieben
Trendreport Betriebsratswahlen 2010

ZUFRIEDENHEIT

Deutsche sorgen sich weniger als Nachbarn

„Die finanzielle Situation meines Haushalts wird in zwölf Monaten ...“



25.776 Befragte, Umfrage von
Oktober 2010; Eurostat, Februar 2011

© Hans-Böckler-Stiftung 2011

► **ZUFRIEDENHEIT:** Erwerbstätige in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen fühlen sich schlechter in die Gesellschaft integriert. Das geht aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. So sehen sich Leiharbeiter und befristet Beschäftigte deutlich häufiger sozial ausgeschlossen als Arbeitnehmer mit regulärem Vertrag. Die Wissenschaftler er-

klären diese Ergebnisse mit den besonderen Belastungen prekär Beschäftigter am Arbeitsmarkt. Diese seien nicht nur einem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko und einer größeren Planungsunsicherheit ausgesetzt. Sie erhielten oft auch niedrigere Löhne und weniger Weiterbildung als ihre festangestellten Kollegen. Diese objektiven Benachteiligungen spiegelten sich in den

subjektiven Wahrnehmungen wieder, so die Forscher.

IAB, März 2011

► **DEMOGRAPHIE:** Europäer leben immer länger. Nach Berechnungen der Statistikbehörde Eurostat hat sich die Lebenserwartung in den vergangenen 50 Jahren sowohl für Frauen als auch für Männer um rund zehn Jahre erhöht. Neugeborene Mädchen

werden nunmehr im Durchschnitt 82,4 Jahre alt, Jungen 76,4 Jahre. Die höchste statistische Lebenserwartung haben den Prognosen zufolge schwedische Männer mit 79,4 Jahren und französische Frauen mit 85,1 Jahren. In Deutschland werden Frauen mit Geburtsjahr 2009 durchschnittlich 82,8 Jahre alt, Männer 77,8 Jahre. Eurostat, April 2011